

Tarifrunde im öffentlichen Dienst 2025

Mehr Gehalt und Entlastung

> Maike Finnern

Die Tarifrunde 2025 für die im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen Beschäftigten steht unter ganz besonderen Vorzeichen. Sie fällt zu großen Teilen in den Endspurt des Wahlkampfes zur Bundestagswahl. Zudem hat einer der Verhandlungspartner der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes keinen Haushalt verabschiedet: der Bund. Das wird spannend.

Die Gewerkschaften fordern von den Arbeitgebern acht Prozent, mindestens aber 350 Euro monatlich mehr Gehalt. Zudem packen sie seit sehr langer Zeit das Thema Arbeitszeit wieder einmal an. Das ist der ausdrückliche Wunsch vieler Beschäftigter quer durch die unterschiedlichen Berufsgruppen im öffentlichen Dienst. Sie spüren die fortschreitende Arbeitsverdichtung und brauchen Entlastung. Deshalb soll es drei zusätzliche freie Tage pro Jahr und ein „Meine-Zeit-Konto“ geben, in dem die Beschäftigten Entgelterhöhungen und Zuschläge etwa für Überstunden und besondere Arbeitszeiten ansparen können. Mit dem Guthaben könnte die wöchentliche Arbeitszeit verkürzt oder für zusätzliche freie Tage beziehungsweise längere Freistellungsphasen genutzt werden.

Zudem wollen die Gewerkschaften einen weiteren freien Tag pro Jahr für Gewerkschaftsmitglieder, weil diese der Motor der Tarifbewegungen sind. Die Regelungen zur Altersteilzeit sollen wieder aktiviert werden. Das Tarifergebnis soll zeit- und wirkungsgleich auf die

Beamtinnen und Beamten des Bundes übertragen werden.

Die Präsidentin der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) hat die Gewerkschaftsforderungen schon als überzogen abgekanzelt und erklärt, diese gefährdeten die Handlungsfähigkeit der Kommunen. Diese Behauptung hält einem Faktencheck nicht stand.

Unbestritten leiden viele Kommunen trotz insgesamt weiter steigender Steuereinnahmen unter finanziellen Engpässen. Grund dafür sind aber nicht die Tarifergebnisse und -forderungen der Gewerkschaften, sondern eine verfehlte Steuer- und Finanzpolitik. Stichwort: Steuergeschenke an Unternehmen und das Festhalten an der Schuldenbremse. Das reißt Löcher in die kommunalen Haushalte, schränkt deren Investitionsspielraum ein und würgt damit die Konjunktur ab. Richtig ist, dass gute Gehälter und ein Abbau der Belastungen der Beschäftigten einen Beitrag zu attraktiven Arbeitsbedingungen leisten. Diese sind dringend notwendig, weil schon jetzt Fachkräfte an allen Ecken und Enden fehlen, um einen funktionsfähigen öffentlichen Dienst sicherzustellen.

> Maike Finnern ist Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).



Foto: Kay Herschelmann